

Partei ausgewiesen. Insofern kann man das nicht entkräften, indem man versucht, zu sagen: Es gab aber einen großen Teil – die aus den KZs z. B. –, der die Entwicklung so nicht wollte. Das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß sich die KPD 1918/19 von der SPD abgespalten hat, weil sie die parlamentarische Demokratie nicht wollte. 1945 konnten die Leute nicht mehr wissen, daß die Aussage der KPD, auch sie sei jetzt für die parlamentarische Demokratie, nicht stimmt. Die Leute haben sich gefragt, wo der Unterschied ist, denn auch im Westen hat es solche Ansichten gegeben. Diese Meinungen gingen nicht nur auf die sowjetisch besetzte Zone zurück. Am Ende zeigt sich, daß das ein singulärer Vorgang war und nur möglich, weil eine allmächtige Besatzungsmacht zusammen mit ihren verbündeten deutschen Kommunisten den Zusammenschluß durchziehen konnte. Eine darüber hinausgehende Einschätzung ist, glaube ich, nicht möglich.

Dr. Günter Buchstab: So wie Herr Dr. Faulenbach und Herr Dr. Mitter das festgestellt haben, habe ich das nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß 1948 der Prozeß der Gleichschaltung massiv einsetzte und 1952 im wesentlichen abgeschlossen war. Zunächst muß man zwischen der Basis und den Funktionären unterscheiden. Das habe ich verschiedentlich versucht deutlich zu machen. Am 17. Juni 1953 war es in der Tat so – ich habe die Protokolle des Hauptvorstandes der CDU nachgelesen –, daß ausschließlich Götting die Diskussion bestimmte. Es gab zwar noch ein paar kritische Bemerkungen, aber Götting setzte sich massiv durch. Er ging über mehrere Wochen hinweg in die Bezirke, um dort die Basis und die Funktionäre zu beruhigen. Die Funktionäre, die 1953 noch nicht auf Linie waren, wurden blitzschnell eliminiert. Von da an kann man auf jeden Fall sagen, daß die Funktionärsschicht, die die Partei bestimmt hatte, zum überwiegenden Teil prokommunistisch-zentralistisch eingestellt war. Also war die CDU in der Funktionärsschicht eine Kaderpartei, nicht jedoch bei den Mitgliedern.

Ich kann Herrn Rieke ausdrücklich unterstützen: Was er gesagt hat, gilt nicht nur für die SPD-Angehörigen, sondern gilt in gleichem Maße auch für die vielen Mitglieder der CDU, die in den Haftanstalten genauso gelitten haben wie die anderen.

Herr Meckel hat noch eine Anmerkung zum Sozialismus gemacht. Das müßte man eigentlich lange diskutieren. Ich kann nur sagen: Kaiser verstand den Sozialismus ähnlich wie die im Westen als einen christlichen Sozialismus. Die Begriffe müssen sehr deutlich unterschieden werden, denn christlicher Sozialismus beinhaltet auch Privateigentum, keine staatlichen wirtschaftlichen Monopolstellungen genauso wie die Freiheit der Persönlichkeit. Das ist etwas ganz anderes als ein atheistischer Sozialismus.

Abschließend eine Bemerkung zu Nuschke: Er war ab 1950, nach der Anerkennung der Einheitslisten für die Wahlen, im Grunde genommen ein

abgetretener Vorsitzender. Er spielte in den Vorstandssitzungen keine Rolle mehr. Das Sagen hatte Götting. Nuschke war nur noch eine Galionsfigur.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Meinen Dank an diejenigen, die die sehr wichtige Diskussion bestritten und die geantwortet haben, verbinde ich mit meinem Dank an diejenigen, die so geduldig gewartet haben.

Ich rufe jetzt als letzten Punkt der heutigen Tagesordnung drei weitere Vorträge auf:

1. *„Die Wandlung der SED 1946 bis 1950 am Beispiel Thüringens“*

Dr. Günter Braun: Der folgende Beitrag beschränkt sich im wesentlichen auf den Versuch, anhand weniger Beispiele aus der politischen Praxis der Thüringer SED das, was Professor Weber zur Entwicklung der Gesamtpartei vorgetragen hat, in einigen Punkten regionalhistorisch zu konkretisieren.

Daß die Entwicklungslinien der SED auf Zonen- und Länderebene in Grundzügen parallel verliefen, muß nicht besonders betont werden. In einem politisch-sozialen System, das zwar föderal gegliedert, aber frühzeitig von Einheitsstaatspostulaten überlagert war und seit 1947 einem beschleunigten Zentralisierungsprozeß unterlag, paßten sich alle nachgeordneten Partei- und Verbandsgliederungen ebenso an die von „oben“ vorgegebenen Formen und Inhalte der Politikgestaltung an wie der administrative Unterbau. Je nach regionalen bzw. lokalen Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren geschah dies freilich in unterschiedlicher Ausprägung und zuweilen auch ungleichzeitig.

Bevor ich mich den Spezifika der Thüringer Nachkriegsgeschichte und ihren Folgen für die SED-Entwicklung zuwende, sei wenigstens ein summarischer Hinweis auf Quellen, Literatur sowie Forschungsstand gegeben: Zur Verfügung standen die Protokolle der Sekretariatssitzungen des Landesvorstands Thüringen von 1946 bis 1950. Ausgewertet wurden ferner Überlieferungen des SED-Parteiorgans sowie Teile des Bestandes des Innenministeriums der Landesregierung Thüringen. Nur Aktensplitter sind von den Vorläuferorganisationen SPD und KPD – auf Thüringen bezogen – erhalten, wobei eine Vielzahl der SPD-Materialien im Westen seit langem durch den Nachlaß Hermann Brills zugänglich waren. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die unmittelbare Nachkriegsphase der Thüringer Landes- und Parteienpolitik schon vor der „Wende“ relativ gut erforscht werden konnte. Insbesondere Darstellungen von Manfred Overesch, Beatrix W. Bouvier, Frank Moraw und Helga A. Welsh weisen dies nach. Mit den nun verfügbaren Quellen zur thüringischen SED-Geschichte werden die bisherigen Forschungsergebnisse nicht hinfällig, aber doch in vielen Punkten ergänzt, bisweilen korrigiert, und sie sind vor